



1. Mai 2024

Änderung der Asylverordnung 3 und der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (Auswertung elektronischer Datenträger von Asylsuchenden)

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

1.	Allgemeines	3
2.	Zusammenfassung der Ergebnisse	3
3.	Vernehmlassungsergebnisse aufgliedert nach Themen	4
3.1.	Auswertung von Personendaten aus elektronischen Datenträgern (Art. 10a E-AsylV 3)	4
3.2.	Zugriffsrechte auf Personendaten aus elektronischen Datenträgern (Art. 10b E-AsylV 3)	5
3.3.	Prüfung der Verhältnismässigkeit (Art. 10c E-AsylV 3).....	5
3.4.	Einsatz von Software zum Erheben der Personendaten (Art. 10d E-AsylV 3)	6
3.5.	Zwischenspeicherung der Personendaten (Art. 10e E-AsylV 3)	6
3.6.	Direkte Sichtung und Auswertung elektronischer Datenträger (Art. 10f E-AsylV 3)	7
3.7.	Auswertung der elektronischen Datenträger in Abwesenheit der betroffenen Person (Art. 10g E-AsylV 3)	7
3.8.	Information (Art. 10h E-AsylV 3).....	8
3.9.	Rechtsschutz im Rahmen der Auswertung der elektronischen Datenträger (Art. 10i E-AsylV 3).....	8
3.10.	Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen	9
4.	Einsichtnahme	9
5.	Verzeichnis der Eingaben	10

1. Allgemeines

Zur Umsetzung der Änderung vom 1. Oktober 2021 des Asylgesetzes (AsylG; SR 142.31) betreffend die Auswertung elektronischer Datenträger von Asylsuchenden im Rahmen des Asyl- und Wegweisungsverfahrens (BBI 2021 2317) sind die Asylverordnung 3 über die Bearbeitung von Personendaten (AsylV 3; SR 142.314) und die Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VWWAL; SR 142.281) anzupassen. Die AsylV 3 muss bestimmen, welche Personendaten auf den in Frage kommenden Datenträgern von Asylsuchenden und von Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid durch das SEM ausgewertet werden dürfen. Zudem müssen die für die Auswertung zuständigen Einheiten bzw. Mitarbeitenden des SEM bezeichnet und das Verfahren zur Auswertung der elektronischen Datenträger geregelt werden. Es sind auch Anpassungen betreffend die Zwischenspeicherung der Personendaten und den Einsatz von Softwarelösungen zur Erhebung von Personendaten erforderlich. Des Weiteren besteht Regelbedarf hinsichtlich der notwendigen Informationen an die betroffenen Personen und zur Verhältnismässigkeitsprüfung. Schliesslich sind in der VWWAL die Identitäts- und Staatsangehörigkeitsabklärungen des SEM bei Personen aus dem Asylbereich mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid um die Auswertung elektronischer Datenträger zu ergänzen. Diese Verordnungsänderungen bildeten Gegenstand der Vernehmlassung.

Das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der AsylV 3 und der VWWAL (Auswertung elektronischer Datenträger von Asylsuchenden) dauerte vom 10. März bis zum 19. Juni 2023.

Insgesamt sind 48 Stellungnahmen eingegangen. Stellung genommen haben 25 Kantone, zwei politische Parteien (**SP**, **SVP**), der Schweizerische Gewerbeverband (**sgv**), der Schweizerische Gewerkschaftsbund (**SGB**), das Bundesverwaltungsgericht (**BVGer**), die Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden (**VKM**) sowie 17 weitere interessierte Kreise. Sieben eingeladene Vernehmlassungsteilnehmende haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet.

Bei der Auswertung der Stellungnahmen wurde wie folgt vorgegangen: Haben die Vernehmlassungsadressaten eine Stellungnahme eingereicht, sich aber nicht zu allen Änderungsvorschlägen geäussert, wird dies bei den entsprechenden Vorschlägen grundsätzlich als Zustimmung gewertet. Wurde keine Stellungnahme eingereicht, wird dies unter dem Verzeichnis der Eingaben entsprechend aufgeführt (auf eine Stellungnahme verzichtet). Wurde von einem Vernehmlassungsadressaten gewünscht, dass bei nicht kommentierten Vorschlägen nicht auf Zustimmung oder Ablehnung geschlossen wird, wird dies entsprechend berücksichtigt.

Beim vorliegenden Bericht handelt es sich um eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens. Diese werden zunächst allgemein (Ziff. 2) und dann nach Themen gegliedert (Ziff. 3) aufgeführt.

2. Zusammenfassung der Ergebnisse

Fast alle **Kantone** begrüssen die vorgeschlagenen Änderungen und bringen nur wenige Anpassungsvorschläge ein. Einzig der Kanton **VD** lehnt die Vorlage ab und äussert sich nicht weiter zu den Inhalten der Vorlage. Der Kanton **ZH** hat keine Stellungnahme eingereicht. Von den **Parteien**, die eine Stellungnahme eingereicht haben, unterstützt die **SVP** die Vorlage und weist darauf hin, dass sie zu den im Entwurf und im erläuternden Bericht erwähnten Weisungen zur Umsetzung konsultiert werden möchte. Die **SP** lehnt die Vorlage ab. Sie betont, dass sie bereits die Gesetzesvorlage vollumfänglich abgelehnt habe und daher auch die Umsetzung auf Verordnungsstufe vollumfänglich ablehne. Sie bringt trotzdem verschiedene Änderungsvorschläge ein. Von den weiteren Vernehmlassungsteilnehmenden begrüssen die **VKM** und der **sgv** die Vorlage. Das **BVGer** ist der Ansicht, dass sich in verfahrensrechtlicher Hinsicht teilweise Fragen stellen, insbesondere in Bezug auf die Prüfung der Verhältnismässigkeit, die Aufforderung zur Herausgabe von Datenträgern oder die Folgen, wenn eine betroffene Person bei der Herausgabe der Datenträger nicht kooperiert. Es schlägt vor, die Verordnung klarer zu formulieren. **Privatim** hat lediglich einen Präzisierungsvorschlag eingebracht und hat ansonsten keine Bemerkungen zum Entwurf geäussert. **UNHCR** äussert sich zwar nicht gegen die

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

Vorlage bringt aber verschiedene Empfehlungen ein. 16 weitere Vernehmlassungsteilnehmende lehnen die Vorlage ab und bringen Änderungsvorschläge ein (**SGB, AI.ch, AlgorithmWatch, AvenirSocial, AsyLex, CSP, Digitale Gesellschaft, DJS, HEKS, ODAGE, SFH, SRK, Solinetz LU, Solinetz ZH, Stadt Zürich, Sosf**).

3. Vernehmlassungsergebnisse aufgegliedert nach Themen

3.1. Auswertung von Personendaten aus elektronischen Datenträgern (Art. 10a E-AsyIV 3)

Kantone: Die Kantone sind einverstanden (mit Ausnahme von **VD**). **BL** und **SZ** schlagen vor, den Ausdruck «Angaben zur Person» zu ersetzen durch «Angaben zur Identität», der eher dem Artikel 8a Absatz 1 AsylG entspreche. Gemäss **BL** ist der Begriff der «Bearbeitung» von Daten, der nicht unbedingt das Durchsuchen von Personendaten beinhaltet, zu präzisieren. Den Daten sei ihre Relevanz nicht anzusehen, ohne von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen; daher sei eine vorgängige Sichtung, oder eben eine Durchsuchung der gesamten Daten erforderlich. Der in Artikel 10a E-AsyIV 3 verwendete Begriff des «Auswertens» sei nur der nächste Schritt zur Bestimmung, ob die Daten für die Feststellung der Identität oder der Nationalität der betroffenen Person verwendet werden dürften. Gemäss **LU** sollte der Umgang mit «Zufallsfunden» von besonders schützenswerten Daten auf Verordnungsstufe geregelt werden.

Parteien: Die **SVP** hat keine Bemerkungen dazu. Die **SP** schlägt vor, den unter den Buchstaben a und b verwendeten Ausdruck «insbesondere» zu löschen, damit die Aufzählung der möglichen auszuwertenden Datensätze abschliessend sei und so Rechtssicherheit gewährleistet werde.

Weitere interessierte Kreise: Das **UNHCR** wünscht, dass klar definiert wird, welche Datensätze, die Rückschlüsse auf die Identität, die Nationalität oder den Reiseweg geben, ausgewertet werden dürfen. So werde eine strikte Beschränkung auf relevante und notwendige Daten sichergestellt (in diesem Sinn auch **SGB**). Dies wäre beispielsweise möglich durch eine Begrenzung auf jene Kategorien von Daten, die für die Erfüllung der Aufgabe unverzichtbar seien. **ODAGE** und **Privatim** wünschen eine Änderung in dem von **BL** und **SZ** vorgeschlagenen Sinn. **AI.ch, AsyLex, AlgorithmWatch, CSP, DJS** und **SFH** (analog: **AvenirSocial, SRK, Digitale Gesellschaft, HEKS, Solinetz LU, Solinetz ZH, Sosf**) wünschen eine abschliessende Auflistung der Daten und den Ausschluss von Ton- und Bildaufnahmen. Sie gehen davon aus, dass solche Dateien für das Asylverfahren nicht relevant seien und dass sie Daten von Dritten enthalten könnten. Das **BVGer** ist kritisch in Bezug auf die Umsetzung von Artikel 8a Absatz 2 nAsylG, da die in einer Datei enthaltenen Daten von Dritten zum Zeitpunkt der Datenerhebung bereits bearbeitet werden. **AsyLex** schlägt vor, dass erhobene Personendaten, die nicht in Zusammenhang mit der Identität, der Nationalität oder dem Reiseweg der betroffenen Person stehen, unverzüglich gelöscht werden, damit der Umgang mit Zufallsfunden geregelt sei. Ebenso solle die Wahrung des Amtsgeheimnisses und der Berufsgeheimnisse sowie der Verkehr der betroffenen Personen mit ihrer Rechtsvertretung und -beratung erwähnt werden (in diesem Sinn auch **CSP** und **ODAGE**). Zudem sollten Asylsuchende die Möglichkeit haben, die Sichtung, Zwischenspeicherung oder Auswertung von Daten zu verweigern, einzuschränken oder aufzuschieben, wenn ein Gesetz dies vorsehe, um insbesondere ein Amts- oder Berufsgeheimnis zu schützen, oder wenn dies aufgrund überwiegender Interessen erforderlich sei. **AI.ch, AlgorithmWatch, CSP** und **SFH** (analog: **AvenirSocial, SRK, Digitale Gesellschaft, HEKS, Solinetz LU, Solinetz ZH, Sosf**) fordern, dass ein Reglement zur Datenbearbeitung gemäss Artikel 8 nDSG in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a DSV vorgesehen werde, sobald eine automatisierte Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten möglich sei (allenfalls Präzisierung in der Verordnung). Da dieses Reglement als Anweisung diene, wie mit den automatisiert ausgewerteten Daten umzugehen sei, müsse es vor Vornahme der ersten Auswertung des SEM vorliegen. Das **UNHCR** wünscht, dass das Verfahren zur Verarbeitung, Speicherung und Löschung der erhobenen Daten in der Bestimmung konkretisiert wird.

3.2. Zugriffsrechte auf Personendaten aus elektronischen Datenträgern (Art. 10b E-AsyIV 3)

Kantone: Die Kantone sind einverstanden (mit Ausnahme von **VD**). **NW** bedauert, dass eine Datenauswertung durch spezialisierte kantonale Behörden (z. B. Kantonspolizei) nicht möglich sei.

Parteien: Die **SVP** hat keine Bemerkungen dazu. Nach Ansicht der **SP** sollen nur Mitarbeitende des SEM, die datenschutzrechtlich geschult wurden, auf Personendaten zugreifen dürfen. Die Bestimmung sei in diesem Sinn zu ergänzen.

Weitere interessierte Kreise: **AI.ch**, **CSP** und **SFH** (analog: **AvenirSocial**, **SRK**, **Digitale Gesellschaft**, **HEKS**, **Solinetz LU**, **Solinetz ZH**, **Sosf**), **UNHCR** und **SGB** erachten den Personenkreis, der Zugriff auf Personendaten hat, als zu weit gefasst. Der Zugriff auf die Daten müsse in zeitlicher Hinsicht beschränkt werden und dürfe nur erfolgen, wenn er für die Erfüllung einer bestimmten Aufgabe unbedingt notwendig sei. Eine Regelung auf Weisungsstufe sei nicht ausreichend (in diesem Sinn auch **DJS**, teilweise auch **UNHCR**). Nach Ansicht von **CSP** und **ODAGE** soll nur eine unabhängige Einheit des SEM eine Vortriage der Daten vornehmen, da die Datenkontrolle durch eine unabhängige Stelle oder ein unabhängiges Gericht nicht im Gesetz verankert sei.

3.3. Prüfung der Verhältnismässigkeit (Art. 10c E-AsyIV 3)

Kantone: Die Kantone sind einverstanden (mit Ausnahme von **VD**). Für **GE** sind Geburtsurkunden und Führerscheine unglückliche Beispiele, denn diese Dokumente seien keine Ausweispapiere, welche die Identität einer Person nachweisen. **SH** schlägt vor, eine Ultima-Ratio-Klausel aufzunehmen, um eine systematische Verhältnismässigkeitsprüfung und allenfalls die Anwendung milderer Mittel zu gewährleisten.

Parteien: Die **SVP** hat keine Bemerkungen dazu. Nach Ansicht der **SP** kann das Kriterium der Verhältnismässigkeit nicht abschliessend in einer Weisung geregelt werden, da die Verhältnismässigkeit von Fall zu Fall geprüft werde.

Weitere interessierte Kreise: **AI.ch**, **AlgorithmWatch**, **AsyLex**, **CSP**, **DJS**, **UNHCR** und **SFH** (analog: **AvenirSocial**, **SRK**, **Digitale Gesellschaft**, **HEKS**, **Stadt Zürich**) sind der Ansicht, dass die Verhältnismässigkeit vor jeder Bearbeitung von Personendaten geprüft werden soll. Sie schlagen vor, dass vor einer Sichtung, Zwischenspeicherung oder Auswertung von Personendaten andere geeignete Massnahmen nach Artikel 26 Absätze 2 und 3 AsyIG ausgeschöpft werden müssen. Nach Ansicht von **SFH** (analog: **AvenirSocial**, **Digitale Gesellschaft**, **HEKS**, **Solinetz LU**, **Solinetz ZH**, **Sosf**) soll erwähnt werden, dass die geeigneten Massnahmen erfolgen, soweit sie einen geringeren Eingriff in die Grundrechte der asylsuchenden Person darstellen. **ODAGE** schlägt vor, die Datenauswertung auszuschliessen, wenn die Identität und die Nationalität der betreffenden Person mit anderen Mitteln festgestellt werden können. Ausserdem sollten besonders schützenswerte Daten erst nach einer Prüfung der anderen Datenarten ausgewertet werden. Gemäss **AsyLex** soll das SEM sicherstellen, dass die Asylsuchenden amtliche Dokumente in digitaler Form auf einem beliebigen elektronischen Datenträger einreichen können; somit wäre bei der Auswertung eines anderen elektronischen Datenträgers der Grundsatz der Verhältnismässigkeit nicht gewahrt. Zudem solle das SEM in einer Entscheidung begründen, weshalb die Auswertung von Personendaten aus elektronischen Datenträgern notwendig sei, obwohl die betroffene Person Unterlagen betreffend ihre Identität, ihre Nationalität oder ihren Reiseweg eingereicht habe. Nach Ansicht des **UNHCR** sollte der Umfang der «geeigneten Massnahmen» auf Verordnungsstufe geregelt werden, und die Asylsuchenden sollten die Möglichkeit haben, sich mithilfe eines Anwalts zum Entscheid über die Verhältnismässigkeit zu äussern (analog zu Art. 10g Abs. 2 E-AsyIV 3). Bei Vorliegen eines berechtigten Geheimhaltungsinteresses sollte die asylsuchende Person die Möglichkeit haben, einen Siegelungsantrag zu stellen.

3.4. Einsatz von Software zum Erheben der Personendaten (Art. 10d E-AsylV 3)

Kantone: Die Kantone sind einverstanden (mit Ausnahme von **VD**)

Parteien: **SP** und **SVP** haben keine Bemerkungen dazu.

Weitere interessierte Kreise: **SGB** begrüsst grundsätzlich, dass das SEM mithilfe von Softwareinsatz verhindern will, dass zu viele sensible Daten der betroffenen Personen erhoben werden. Gleichzeitig sei es in der Praxis sehr unwahrscheinlich, dass dies ausreichend verhindert werden könne. Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende fordern eine Zertifizierung der Software durch eine unabhängige Stelle, wie dies nach Artikel 13 DSGVO möglich sei (u. a. **AI.ch**, **AvenirSocial**, **CSP**, **SFH**, **Sosf**, **SRK**). Es solle zudem präziser definiert werden, unter welchen Bedingungen eine Software eingesetzt werde und anhand welcher Kriterien eine Erhebung von Daten mittels Software erfolgen solle. Zudem sei zu erläutern, was unter der Einhaltung eines «forensischen Standards» konkret zu verstehen sei (u. a. **AvenirSocial**, **AlgorithmWatch**, **Digitale Gesellschaft Schweiz**, **HEKS**, **SFH**, **UNHCR**). Einzelne Teilnehmende regen an, dass das SEM dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) einen Verhaltenskodex nach Artikel 11 DSGVO zur Prüfung und Stellungnahme vorlegen solle (u. a. **AI.ch**, **HEKS**, **SFH**, **SRK**, **UNHCR**). Die Frage der Passwort-schutzinformationen und deren Preisgabe durch die betroffene Person ist ein weiteres Anliegen, das in den Stellungnahmen angesprochen wird. Die Konsequenzen einer Weigerung, solche Informationen bereitzustellen, sollten ebenfalls in der Verordnung erwähnt werden (u. a. **AI.ch**, **UNHCR**).

Weitere Teilnehmende äussern Bedenken hinsichtlich der Vertraulichkeit und Datensicherheit bei der Verwendung einer Software (u. a. **Sosf**, **Solinetz ZH**). **ODAGE** empfiehlt, beim Einsatz von Auswertungssoftware mithilfe von Schlüsselwörtern vorzugehen, die es ermöglichen, gezielt die relevanten Daten zu erfassen und Daten auszuschliessen, die besonders sensibel sind oder die unter ein Berufsgeheimnis oder das Anwaltsgeheimnis fallen. Nach Auffassung von **DJS** ist nicht klar, wie bei der Auswertung der Daten sichergestellt werden soll, dass nur die relevanten Daten und zudem keine Personendaten von Drittpersonen bearbeitet werden. **AsyLex** fordert, dass die Erhebung der Personendaten mittels Software frühestens 24 Stunden nach erfolgten Informationen und Unterzeichnung der Empfangsbestätigung erfolgen dürfe und dass die Datenträger der betroffenen Person spätestens 24 Stunden nach Übergabe wieder ausgehändigt werden sollen. Nach Auffassung des **BVGer** ist nicht klar geregelt, wie vorzugehen ist, wenn die betroffene Person auf eine Teilnahme während des Einsatzes der Auswertungssoftware verzichtet.

3.5. Zwischenspeicherung der Personendaten (Art. 10e E-AsylV 3)

Kantone: Die Kantone sind einverstanden (mit Ausnahme von **VD**). Der Kanton **SH** betont, dass die Zwischenspeicherung restriktiv zu handhaben sei und nach den geltenden Datensicherheitsvorschriften erfolgen sollte. Die Daten müssten nach ihrer Nutzung gelöscht werden, und die Auswertung sollte unmittelbar nach dem Auslesen erfolgen.

Parteien: Die **SP** fordert, aus Gründen der Verhältnismässigkeit und Datensicherheit auf eine Zwischenspeicherung zu verzichten. Die **SVP** hat keine Bemerkungen dazu.

Weitere interessierte Kreise: Das **BVGer** schlägt vor, Artikel 10e E-AsylV 3 wie folgt zu ergänzen: «... dürfen diese nicht *anderweitig* bearbeitet werden.» Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende betonen, dass jegliche Datenbearbeitung, einschliesslich die Datenspeicherung, eine Datenbearbeitung darstelle und somit dem Datenschutzgesetz unterliege. Dementsprechend sollten höchstens Daten gemäss Artikel 10a E-AsylV 3 zwischengespeichert werden (u. a. **Digitale Gesellschaft Schweiz**, **SFH**, **Solinetz ZH**, **Sosf**). Sie verweisen auf die Bemerkungen der **SFH** zu Artikel 10d E-AsylV 3 und sprechen sich für die Anwesenheit der Rechtsvertretung aus. Zudem solle die Zwischenspeicherung zeitlich auf das absolut notwendige Minimum begrenzt und die Löschung der Daten sofort belegt und der betroffenen Person mitgeteilt werden (u. a. **AI.ch**, **Digitale Gesellschaft Schweiz**, **SFH**, **Solinetz ZH**, **Sosf**). Für einige der Vernehmlassungsteilnehmenden ist zudem unklar, wie sich die Zwischenspeicherung in den Ablauf des beschleunigten Asylverfahrens einfügt, da sie einerseits relativ am

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

Anfang des Verfahrens stattfinden soll und vorher andererseits bereits alternative, mildere Massnahmen geprüft werden müssen (u. a. **Digitale Gesellschaft Schweiz, SFH, Solinetz ZH, Sosf**).

Die betroffene Person sollte während der Speicherung von ihrer Rechtsvertretung begleitet werden können, zudem werden Präzisierungen bezüglich der gespeicherten Daten gewünscht (u. a. **CSP**). Die **Stadt Zürich** fordert, dass die betroffene Person während der Speicherung ihrer Daten immer anwesend sein sollte. Das **UNHCR** empfiehlt klare Kriterien für die Zulässigkeit der Zwischenspeicherung und fordert, den Umgang mit Passwortschutz, Fingerabdruck- oder Gesichtserkennungssicherungen festzulegen (so u. a. **AI.ch**).

Da die Zwischenspeicherung in keinem Fall der Möglichkeit einer Vorratsdatenspeicherung gleichkommen sollte, wird gefordert, vollständig von der Zwischenspeicherung abzusehen. Sollte dies unumgänglich sein, sollte die Verordnungsbestimmung so präzisiert werden, dass klar werde, wann eine solche Zwischenspeicherung erfolgen könne (**DJS**).

3.6. Direkte Sichtung und Auswertung elektronischer Datenträger (Art. 10f E-AsylV 3)

Kantone: Die Kantone sind einverstanden (mit Ausnahme von **VD**).

Parteien: **SP** und **SVP** haben keine Bemerkungen dazu.

Weitere interessierte Kreise: Das **BVGer** stellt fest, dass Artikel 10f Absatz 2 E-AsylV 3 in Widerspruch zu Artikel 8a Absatz 7 AsylG steht und schlägt vor, Artikel 10f Absatz 2 AsylV 3 in eine «Kann-Bestimmung» umzuformulieren (analog Art. 10d Abs. 2 und Art. 10e Abs. 1 E-AsylV 3). **AI.ch** betont, dass Artikel 10f klare Mechanismen benötige, um den Zugriff auf irrelevante Daten (gemäss Art. 8a Abs. 2 E-AsylG) zu verhindern und eine strikte Beschränkung auf relevante Daten sicherzustellen. Mehrere Organisationen schlagen vor, dass die direkte Sichtung und Auswertung von Personendaten aus Datenträgern in Anwesenheit der betroffenen Person, einer dolmetschenden Person und der Rechtsvertretung erfolgen sollte (u. a. **AsyLex, AvenirSocial, HEKS, SFH, Solinetz ZH, Sosf, SRK**). Zudem sollte die asylsuchende Person auf ihr Recht auf Verweigerung, Einschränkung oder Aufschiebung hingewiesen werden, und es sollte eine entsprechende Verfügung vor der Auswertung erlassen werden. Artikel 10i E-AsylV 3 sollte sinngemäss gelten, und nach der Auswertung sollte ein Protokoll ausgehändigt werden (**AsyLex**). Das **UNHCR** empfiehlt klare Kriterien für die direkte Sichtung und Auswertung von Personendaten. Die Aushändigung von Datenträgern zur direkten Sichtung und Auswertung sollte freiwillig erfolgen, und spezifische forensische Standards sollten definiert werden. Es sollte geklärt werden, ob die direkte Sichtung und Auswertung nur auf freiwilliger Basis erfolgen dürfe, und klare Richtlinien für den Zugriff auf Daten, die nicht der Ermittlung von Identität, Nationalität und Reiseweg dienen, sollten verankert werden.

3.7. Auswertung der elektronischen Datenträger in Abwesenheit der betroffenen Person (Art. 10g E-AsylV 3)

Kantone: Die Kantone sind einverstanden (mit Ausnahme von **VD**).

Parteien: Die **SP** möchte die vorgeschlagene Regelung streichen. Ohne Anwesenheit der betroffenen Person und allenfalls deren Rechtsvertretung könne nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob und wie die Auswertung der Personendaten erfolgt sei. Die **SVP** hat keine Bemerkungen dazu.

Weitere interessierte Kreise: **SGB** lehnt die vorgeschlagene Regelung ab (ähnlich auch **AI.ch, AlgorithmWatch, AvenirSocial, AsyLex, CSP, Digitale Gesellschaft, DJS, HEKS, ODAGE, SFH, Solinetz LU, Solinetz ZH, SRK, Stadt Zürich, Sosf**). **SGB** ist der Ansicht, dass weder ein ausreichendes öffentliches Interesse vorhanden sei, um so einen Eingriff zu rechtfertigen, noch sei die Verhältnismässigkeit gegeben. **Sosf, Solinetz LU** und **Solinetz ZH** erachten eine Auswertung der Datenträger in Abwesenheit der Person als unzulässig, da diese die Datenhoheit habe. **AI.ch** verlangt eine klare Definition, in welcher Form, mit welchem Inhalt und innerhalb welcher Frist die Verzichtserklärung zu erfolgen habe. Zudem sei die Verweigerung der Teilnahme schriftlich zu dokumentieren (so auch **AvenirSocial, DJS, Digitale Gesellschaft, HEKS, SFH, SRK**). Schliesslich bedürfe es einer genauen Regelung zum

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

rechtlichen Gehör der betroffenen Person nach der Datenauswertung. Auch **CSP** möchte, dass die Gründe für das Fernbleiben oder die Verweigerung vom SEM dokumentiert werden müssen und dass dies auf Verordnungsstufe geregelt wird. Zudem müsse die rechtliche Vertretung anwesend sein können (so auch **DJS**). Das **UNHCR** empfiehlt eine Definition auf Verordnungsstufe in welcher Form, mit welchem Inhalt und innerhalb welcher Frist die Verzichtserklärung zu erfolgen hat. Der Begriff der «Verweigerung der Teilnahme» sei ebenfalls näher zu definieren. Zudem solle definiert werden, in welcher Form und innerhalb welcher Frist sich die betroffene Person nach der Datenauswertung äussern könne. **AsyLex** möchte in Artikel 10g E-AsylV 3 die Ergänzung anbringen, dass die Auswertung ohne Anwesenheit der betroffenen Person nur ausnahmsweise erfolgen darf. Das **BVGer** möchte Artikel 10g E-AsylV 3 dahingehend ergänzen, dass auch die Erhebung der Datenträger in Abwesenheit sowie die Aushändigung der Datenträger nach der Erhebung geregelt wird. Zudem sei Artikel 10g Absatz 2 E-AsylV 3 insofern missverständlich, als der Anschein erweckt werde, dass nur dann ein Äusserungsrecht gewährt werden müsse, wenn eine Auswertung in Abwesenheit durchgeführt worden sei.

3.8. Information (Art. 10h E-AsylV 3)

Kantone: Die Kantone sind einverstanden (mit Ausnahme von **VD**). Die grundsätzlich zustimmenden Kantone **BL** und **LU** möchten, dass die betroffene Person erst im Rahmen der Aufforderung zur Aushändigung der Datenträger über deren Auswertung informiert wird. Damit könne verhindert werden, dass die betroffene Person vorgewarnt sei und relevante Daten auf dem Datenträger lösche. Der Kanton **SH** möchte, dass eine umfassende und allgemein verständliche Information zur Datenverarbeitung erfolgt, welche öffentlich gemacht werden soll.

Parteien: **SP** und **SVP** haben keine Bemerkungen dazu.

Weitere interessierte Kreise: **AI.ch** betont, dass zwar transparent aufgelistet werde, über welche Schritte informiert werden solle, die Form der Information jedoch nicht in der Verordnung geregelt werde. Es bräuchte eine begleitende mündliche Information und die Möglichkeit für die Betroffenen, mithilfe von Dolmetschenden Rückfragen zu stellen (ähnlich in Bezug auf den Einsatz von Dolmetschenden auch **AlgorithmWatch**, **AvenirSocial**, **Digitale Gesellschaft**, **HEKS**, **SFH**, **SRK**). Die Informationspflichten sollten insbesondere erweitert werden auf das Recht auf Anwesenheit der Rechtsvertretung, die Voraussetzungen für eine Auswertung der Personendaten in Abwesenheit und das rechtliche Gehör (so u. a. auch **SFH**). **AsyLex** schlägt eine Ergänzung vor, wonach eine Empfangsbestätigung erstellt werden solle und die betroffene Person in einer verständlichen Sprache schriftlich zu orientieren sei (ähnlich auch **UNHCR**). Des Weiteren solle die betroffene Person zusätzlich bei ihrer Ankunft in einer für sie verständlichen Sprache über ihr Anwesenheitsrecht und dasjenige ihrer Rechtsvertretung, über ihr Verweigerungsrecht und die Einschränkung oder Aufschiebung der Auswertung informiert werden. Das **UNHCR** regt zudem an, die Informationspflichten um die Voraussetzungen für eine Auswertung in Abwesenheit, das Äusserungsrecht nach Artikel 10g Absatz 2 E-AsylV 3 sowie um eine Informationspflicht von Dritten (Art. 19 DSGVO) zu erweitern, wenn deren Daten von der Auswertung mitumfasst sind. Das **BVGer** ist der Auffassung, dass sich die Regelung von Artikel 10h VE-AsylV 3 auf den zweiten Absatz beschränken liesse. Eine allgemeine Informationspflicht ergebe sich bereits aus den allgemeinen Verfahrensgrundsätzen bzw. aus Artikel 26 Absatz 3 AsylG. Zudem sei nicht ersichtlich, ob die Aufforderung zur Aushändigung in Form einer anfechtbaren Verfügung ergehen müsse. Aus Sicht des **BVGer** sei zu erwarten, dass gestützt auf Artikel 25a VwVG Beschwerde erhoben werden könne. Auch die Folgen der Nichtmitwirkung gingen nicht klar aus der Verordnung hervor. Die **Stadt Zürich** möchte, dass auf Verordnungsstufe präzisiert wird, dass die Art der Information adäquat und zielgruppengerecht erfolgt.

3.9. Rechtsschutz im Rahmen der Auswertung der elektronischen Datenträger (Art. 10i E-AsylV 3)

Kantone: Die Kantone sind einverstanden (mit Ausnahme von **VD**).

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

Parteien: SP und SVP haben keine Bemerkungen dazu.

Weitere interessierte Kreise: Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende verlangen die zwingende Anwesenheit der Rechtsvertretung und von Dolmetschenden bei der Auswertung von Datenträgern (u. a. **AI.ch**, **Asylex**, **HEKS**, **SFH**, **Solinetz**, **SRK**, **AvenirSocial**, **Digitale Gesellschaft**). Die notwendigen finanziellen und zeitlichen Ressourcen für die Rechtsvertretung sollten durch das SEM gewährleistet werden (u. a. **AvenirSocial**, **Digitale Gesellschaft**, **SFH**, **SRK**). **Asylex** verlangt eine umfassende Anpassung dieser Bestimmung, wonach insbesondere eine Verfügung erlassen werden solle (so auch **UNHCR**) und eine Befreiung von der Auswertung sowie ein Versiegelungsverfahren vor dem BVGer vorgesehen werden sollten.

3.10. Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen

Kantone: Die Kantone sind einverstanden (mit Ausnahme von **VD**). Verschiedene Kantone beantragen, dass das SEM Weisungen zu den Abläufen der Auswertung von Datenträgern im Vollzugsprozess erlässt (u. a. **BE**, **BL**, **TG**). Einzelne Kantone bezweifeln die Wirkung der vorgesehenen Auswertung von Datenträgern im Vollzugsbereich, da eine direkte Auswertung durch die Kantone nicht vorgesehen sei und eine Weigerung der betroffenen Person keine oder nur sehr geringfügige Auswirkungen für sie nach sich ziehe (u. a. Kantone **NW**, **OW**, **SO**).

Parteien: SP und SVP haben keine Bemerkungen dazu.

Weitere interessierte Kreise: Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende weisen darauf hin, dass die Auswertung von Datenträgern im Vollzug nur als «ultima ratio» vorgesehen sein solle und ausschliesslich zweckgebunden sei, soweit die notwendigen Informationen nicht aufgrund des Asylverfahrens bereits erhoben wurden oder durch mildere Massnahmen erhoben werden können (u. a. **AI.ch**, **AlgorithmWatch**, **AvenirSocial**, **Digitale Gesellschaft**, **HEKS**, **SFH**, **SRK**). Das **UNHCR** regt eine Präzisierung an, wonach das SEM ausschliesslich zur Identitätsfeststellung (Angaben zur Person) Personendaten aus elektronischen Datenträgern auswerten darf; ausserdem sei zu präzisieren, was unter «zumutbarem Aufwand» im Sinne von Artikel 47 Absatz 2 nAsylG zu verstehen sei.

4. Einsichtnahme

Gemäss Artikel 9 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005¹ über das Vernehmlassungsverfahren sind die Vernehmlassungsunterlagen, nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist die Stellungnahmen der Vernehmlassungsteilnehmenden und nach Kenntnisnahme durch den Bundesrat der Ergebnisbericht öffentlich zugänglich. Diese Dokumente sind in elektronischer Form auf der Internetseite www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2023 zugänglich.

¹ SR 172.061

5. Verzeichnis der Eingaben

Kantone / Cantons / Cantoni

Kanton Aargau, Regierungsrat	AG
Kanton Appenzell Innerrhoden, Regierungsrat	AI
Kanton Appenzell Ausserrhoden, Regierungsrat	AR
Kanton Bern, Regierungsrat	BE
Kanton Basel-Landschaft, Regierungsrat	BL
Kanton Basel-Stadt, Regierungsrat	BS
Canton de Fribourg, Conseil d'État Kanton Freiburg, Staatsrat	FR
République et canton de Genève, Conseil d'État	GE
Kanton Glarus, Regierungsrat	GL
Kanton Graubünden, Regierungsrat	GR
Chancellerie d'Etat du Canton du Jura	JU
Kanton Luzern, Regierungsrat	LU
République et canton de Neuchâtel, Conseil d'État	NE
Kanton Nidwalden, Regierungsrat	NW
Kanton Obwalden, Regierungsrat	OW
Kanton St. Gallen, Regierungsrat	SG
Kanton Schaffhausen, Regierungsrat	SH
Kanton Solothurn, Regierungsrat	SO
Kanton Schwyz, Regierungsrat	SZ
Repubblica e Cantone Ticino, il Consiglio di Stato	TI
Kanton Thurgau, Regierungsrat	TG
Kanton Uri, Regierungsrat	UR
Canton de Vaud, Conseil d'État	VD
Kanton Zug, Regierungsrat	ZG

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

Politische Parteien / Partis politiques / Partiti politici

Schweizerische Volkspartei Union Démocratique du Centre Unione Democratica di Centro	SVP UDC UDC
Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito socialista svizzero	SP PS PS

Bundesgerichte / Tribunaux fédéraux / Tribunali federali

Schweizerisches Bundesverwaltungsgericht Tribunal administratif fédéral Tribunale amministrativo federale	BVGer TAF TAF
---	----------------------------

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / Associations faitières de l'économie qui œuvrent au niveau national / Associazioni mantello nazionali dell'economia

Schweizerischer Gewerbeverband Union Suisse des arts et métiers	sgv usam
Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera	SGB USS USS

Weitere interessierte Kreise / autres milieux concernés / Le cerchie interessate

Amnesty International	AI.ch
AlgorithmWatch CH	AlgorithmWatch
AsyLex	AsyLex
AvenirSocial Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz Association professionnelle suisse du travail social Associazione professionale lavoro sociale svizzera	AvenirSocial
Centre social protestant	CSP
Digitale Gesellschaft	Digitale Gesellschaft
Demokratische Jurist*innen der Schweiz Juristes Démocrates de Suisse Giurist* Democratiche*i della Svizzera	DJS
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz Entraide Protestante Suisse Aiuto delle chiese evangeliche svizzere	HEKS EPER ACES
Ordre des avocats de Genève	ODAGE

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

Konferenz der schweizerischen Datenschutzbeauftragten Conférence des Préposé(e)s suisses à la protection des données Conferenza degli incaricati per la protezione dei dati	Privatim
Schweizerische Flüchtlingshilfe Organisation suisse d'aide aux réfugiés	SFH OSAR
Solinetz Luzern	Solinetz LU
Solinetz Zürich	Solinetz ZH
Schweizerisches Rotes Kreuz Croix Rouge Suisse Croce Rossa Svizzera	SRK CRS CRS
Stadt Zürich	Stadt Zürich
Solidarité sans frontières	Sosf
UNHCR Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen Büro für die Schweiz und Liechtenstein	UNHCR
Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden Association des services cantonaux de migration Associazione dei servizi cantonali di migrazione	VKM ASM ASM

Verzichte

Bundesgericht Tribunal fédéral Tribunale federale	BGer TF TF
Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten Conférence des commandantes et des commandants de police cantonales Conferenza delle e dei comandanti delle polizie cantonali	KKPKS CCPCS CCPCS
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia	KKJPD CCDJP CDDGP
Schweizerischer Arbeitgeberverband	SAV
Schweizerischer Gemeindeverband Association des Communes Suisses Associazione dei Comuni Svizzeri	SGV ACS ACS
Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter Association suisse des Magistrats de l'ordre judiciaire Associazione svizzera dei magistrati	SVR ASM ASM
Verband Schweizerischer Arbeitsmarktbehörden Association des offices suisses du travail Associazione uffici svizzeri del lavoro	VSAA AOST AUST